

## Rede von Bürgermeister Peter Vennemeyer zur Einbringung des Etatentwurfs 2012 am 19. Oktober 2011 (Sitzung des Rates der Stadt Greven).

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### „Nicht resignieren, sondern agieren!“

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,  
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

die Einbringung des Haushalts ist sicherlich nicht gerade ein „Lieblings-Tagesordnungspunkt“ des Rates.

Das wäre auch zuviel verlangt in Anbetracht der Tatsache, dass die Haushaltsmittel immer zu knapp sind für all die Projekte, die wünschenswert wären. Und das wird leider auch künftig so bleiben, meine Damen und Herren, diese Bilanz kann ich bereits zu Beginn meiner Rede ziehen.

#### **Die Wirtschaft boomt, die kommunalen Finanzen sind in der Krise**

Was konnten wir in den zurückliegenden Monaten doch alles in den Wirtschaftsteilen der Gazetten dieses Landes lesen:

Die deutsche Wirtschaft wachse kräftig, sie boome geradezu, und was im internationalen Umfeld passiert, störe die Entwicklung der deutschen Wirtschaft nicht. Zwar sind die Aktienkurse gefallen, das spiegle jedoch nicht die Kraft der deutschen Wirtschaft wider. Eine Meldung, die mich sehr freut, besagte, dass die Bürgerinnen und Bürger immer noch an bessere Zeiten in den Kommunen glauben. Das hat eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung ergeben.

Nun denn, die Realität in der kommunalen Landschaft ist eine andere. Wir stehen weiter vor einer deutlichen Abwärtsentwicklung der kommunalen Finanzen.

#### **Neue Aufgaben – unklare Finanzierung**

Derzeit stehen wir vor der Bewältigung großer Herausforderungen, zudem sind Themen in der Diskussion, die uns weitere größte Anstrengungen abverlangen werden, und, was viel spannender ist, deren Finanzierung noch längst nicht gesichert ist. Beispielhaft nennen möchte ich hier

- den Ausbau der Krippenplätze: In NRW fehlen noch immer 20.000 Plätze. Das Versorgungsziel, mit 32 % angegeben, ist noch lange nicht erreicht. Bei der Reform des Kinderbildungsgesetzes KiBiz soll die Qualität in den Kindergärten erhöht werden. Hier müssen wir darauf achten, dass das Konnexitätsprinzip greift, also Bund oder Land die Kosten für neue Aufgaben tragen, die sie den Kommunen übertragen. Aus meiner Sicht kann es nicht einfach um eine Qualitätsverbesserung gehen, die von allen Beteiligten solidarisch mitfinanziert werden muss.
- Spannend bleibt auch das uns von der UNO aufgegebene und zweifellos wichtige Thema Inklusion. Im Bundestag wurde das beschlossen, ohne sich über die Finanzierung Gedanken zu machen. Es gibt zwar noch kein Landesgesetz, ich beobachte jedoch einen Wettstreit der Fraktionen und Beteiligten darüber, wer mehr zu bieten hat. Rechtsanspruch, Qualität, und und und... Finanzierung: völlig ungewiss!!

Eines muss klar sein, und das fordern die Kommunen ganz deutlich: das Konnexitätsprinzip muss in allen beiden Bereichen greifen.

Es geht nicht an, dass immer neue Fässer aufgemacht werden, die uns neue Defizite besche-

ren und ganz nebenbei noch die Herausforderungen zur Lösung der kommunalen Finanzkrise bewältigt werden müssen.

### **Finanzkrise in den NRW-Kommunen**

Die Finanzkrise, in der wir uns befinden, ist sehr dramatisch. In NRW können nur noch 8 von 396 Kommunen ihren Haushalt ausgleichen. Besserung sehe ich nicht. Die Steuereinnahmen haben sich zwar erhöht, einen Geldregen für die Kommunen, wie die Presse getitelt hat, verspüre ich allerdings nicht. Bei uns fällt dieser Regen auf einen Acker, der durch den Griff von Bund und Land in unsere Kassen völlig verdorrt und vertrocknet ist. Der Effekt verdampft im wahrsten Sinne des Wortes.

Wir haben doch entsprechende Erfahrungen bereits gemacht. In der letzten Phase der sogenannten Hochkonjunktur von 2003 bis 2008 gab es in NRW für die Kommunen Steuermehreinnahmen in Höhe von 5 Milliarden Euro. Gleichzeitig stiegen im selben Zeitraum die Kassenkredite um 8 Milliarden, von 6 auf 14 Milliarden Euro.

Mit Sorge blicke ich auf die im Grundgesetz verankerte Verschuldungsbremse, denn dadurch werden im Bundes- und in den Länderhaushalten bis zum Ende des Jahrzehntes noch erhebliche Einsparungen notwendig. Das wird für die kommunalen Haushalte nicht ohne Folgen bleiben.

### **Kommunen droht der Verlust der Handlungsfähigkeit**

Daher kann es niemanden erstaunen, wenn in Anbetracht dieser Dinge die kommunalen Spitzenverbände immer wieder Veränderungen anmahnen.

So hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund im Januar zum Thema „Rettet die lokale Demokratie“ bilanziert, ich zitiere:

*"Kommunen gestalten das Leben vor Ort. Sie sollen die Kinderbetreuung ausbauen, Schulen sanieren, Kultur und Sport fördern, die Jugendarbeit verbessern, Abwasser beseitigen, Sozialhilfe zahlen und mit Investitionen das örtliche Handwerk stärken. Dies alles jedoch mit immer weniger finanziellen Mitteln. Ob-*

*wohl es der Wirtschaft wieder besser geht, ist die Finanzlage der Städte und Gemeinden weiter katastrophal. Die Städte und Gemeinden leiden insbesondere unter explodierenden Sozialausgaben. Trotz einer leichten Stabilisierung der gemeindlichen Steuereinnahmen werden die Kommunen das Jahr 2010 mit dem höchsten Finanzierungsdefizit seit Jahrzehnten abschließen. Trotz sinkender Arbeitslosigkeit werden die Sozialausgaben weiter steigen. Damit verfestigt sich die strukturelle Unterfinanzierung. Den Kommunen droht der Verlust der Handlungsfähigkeit. Das hat gravierende Folgen für das Leben der Menschen vor Ort und führt zwangsläufig zu weniger Investitionen, zum Verfall der Infrastruktur und dazu, dass wichtige Vorhaben wie der Weg in die Bildungsrepublik, eine bessere Kinderbetreuung und die Integrationsförderung nicht im nötigen Umfang vorangetrieben werden können. Die freiwilligen Aufgaben werden zunehmend in Frage gestellt. Die Kommunen brauchen jetzt schnell eine Stabilisierung der Einnahmesituation und eine Reduzierung ihrer Ausgaben. Der Bürger begegnet dem Staat in erster Linie in seiner Stadt und Gemeinde. Wenn dort nicht mehr ansatzweise das Notwendigste geleistet werden kann, wird die Politikverdrossenheit weiter steigen, die Partizipation und die Bereitschaft, sich für die Allgemeinheit einzusetzen, sinken. Die Politik muss sich bewusster werden, dass ohne die Stadt kein Staat zu machen oder auch nur zu bewahren ist."*

Sehr beeindruckend, dieses Zitat. Ich möchte dazu bemerken: Wer den Banken eine Systemrelevanz attestiert, der kommunalen Ebene aber keine Bedeutung beimisst, der muss sich die Frage gefallen lassen müssen, ob er seiner politischen Verantwortung gerecht wird.

### **„Kommunaler Finanzausgleich muss viel differenzierter justiert werden“**

Interessant ist, was unser ehemaliger Finanzminister Peer Steinbrück in seinem Buch „Unterm Strich“ ausführt. Auch ihn zitiere ich gerne:

*„Nach drei guten Jahren zwischen 2006 und 2008 mit einem Finanzüberschuss weisen alle Daten und Prognosen darauf hin, dass ein Großteil der Kommunen in Deutschland in*

*massive Finanzprobleme gerät, falls dies nicht schon längst geschehen ist. Die Politik wird nicht zuschauen dürfen, wie die Fiskalkrise diverse Städte und Gemeinden um jede Handlungsfähigkeit bringt. Städte und Gemeinden sind schließlich die Ebene, auf der das Leben der Bürger konkret stattfindet. Es geht nicht nur um die Daseinsvorsorge für die Bürger, ihre Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur, sondern auch um die integrativen Funktionen der Kommunen – das geht bis in die Gestaltung des öffentlichen Raums, wo sich die Bürger begegnen, soziale Normen austarieren und für ein Gemeindeleben beziehungsweise Urbanität sorgen. Entgleitet dieser unmittelbare Lebensraum der Menschen der kommunalpolitischen Gestaltung und Ordnung, dann kippt auch die Qualität von Zivilgesellschaft und damit gesellschaftliche Stabilität.*

*Den Auswirkungen der Fiskalkrise auf die Kommunen wird man mit dem Hin- und Herschieben von einigen Steuerpünktchen kaum begegnen können. Politik steht vielmehr vor der Aufgabe, in den Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Handlungsfähigkeit auf jeder Ebene zu gewährleisten. Das heißt aber, dass erstens Bund und Länder strikt dem Konnexitätsprinzip folgen müssen, also den Kommunen keine Aufgaben ohne entsprechende Mittelzuweisungen übertragen dürfen; dass zweitens die Länder den Kommunen keine (Bundes-) Mittel vorenthalten, die den Kommunen zustehen; dass drittens den Kommunen eine verlässliche konjunkturrobuste Einnahmehasis zu sichern ist und das viertens der kommunale Finanzausgleich auf der Ebene der Länder sehr viel differenzierter auf die spezifische Lage ihrer Kommunen justiert werden muss.“*

Diese Forderungen bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Auch ich spüre keine Fairness von Bund und Land im Umgang mit der kommunalen Ebene. Über die Erfolgsaussichten in dieser Sache brauchen wir uns wohl keine Gedanken zu machen, denn seit Jahren wird über eine dringend notwendige kommunale Finanzreform geredet. Ergebnis? Bund und Land packen die notwendigen Dinge nur zögerlich an.

Wir haben unter diesen Rahmenbedingungen seit 2008 besonders zu leiden. Die „Erbschaft“

der damaligen Finanzkrise und die Folgen der dann einsetzenden Rezession sind in unserem Haushalt weiterhin deutlich spürbar. Wer mag eigentlich noch die Nachrichten hören oder lesen, geschweige denn nachvollziehen, was da momentan passiert? Durch die nächste Finanzkrise droht ein weitaus größeres Unheil. Jetzt geht es nicht mehr um Not leidende Immobilienfonds, jetzt geht es um ganze Volkswirtschaften, die sich in einer immensen Schuldenkrise mit nicht bekanntem Ausgang befinden. Auch wenn die Bundesregierung immer wieder beteuert, dass nichts auf eine Rezession hindeutet, so lauten die Prognosen der führenden Wirtschaftsinstitute doch anders. Von einer „Vollbremsung“ der deutschen Wirtschaft ist da die Rede. Dass die Börsen verrückt spielen, können wir jeden Tag den Nachrichten entnehmen.

Bei der aktuellen Finanzkrise wird deutlich aufgezeigt, wo die Grenzen der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand liegen. Wenn wir nur unsere Situation betrachten, bietet das keinen Anlass zur Entspannung. Drei Bundesländer haben eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als Griechenland und das Kassenkreditvolumen steigt weiterhin rasant.

### **Eigene Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung**

Wir werden also nicht umhin kommen, enorme Eigenanstrengungen zur Haushaltskonsolidierung zu unternehmen. Das haben der Kämmerer und ich bereits mehrfach geäußert. Alle Konsolidierungsmaßnahmen lassen sich in vier Kategorien einteilen:

- Effizienzsteigerungen
- Standardreduzierung
- Leistungsverzicht oder
- Einnahmesteigerung

Bis auf die Effizienzsteigerung wirken diese Maßnahmen negativ auf unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen uns daher immer wieder die Frage stellen, ob Einschränkungen im Leistungsangebot langfristig negative Auswirkungen auf den Haushalt und unsere sozialen und ökonomischen Strukturen haben. Mit der Produktkritik haben wir Ihnen dafür ein Instrument an die Hand gegeben, das sehr hilfreich ist, um Lösungen für diese Fragen zu fin-

den. Der wesentliche Vorteil der Produktkritik liegt darin, dass wir unsere „Stärken stärken“ und die Konsolidierung dort betreiben, wo es zwar auch weh tut, aber besser zu verkraften ist. Wir setzen bewusst Prioritäten. In den Jahren 2009 bis 2011 haben wir uns ein Konsolidierungspotenzial von etwa 3,9 Millionen Euro erarbeitet und umgesetzt.

Aber bereits im letzten Jahr hatte ich bei der Einbringung des Etats von der ausgepressten Zitrone gesprochen. Das gilt auch weiterhin. Auf der Aufwandsseite sehe ich nur noch geringe Potenziale.

### **Kommunaler Finanzausgleich birgt großes Konfliktpotenzial**

Das wurde verstärkt durch das Gemeinde-Finanzierungs-Gesetz (GFG), das uns ja bereits für 2011, vorsichtig ausgedrückt, die Petersilie verhagelt hat. Für 2012 ist keine Verbesserung erkennbar, obwohl das Land noch einmal 300 Millionen Euro mehr in das System steckt.

Schon seit Monaten wird über die Struktur des kommunalen Finanzausgleichs diskutiert. Wie auch immer der kommunale Finanzausgleich künftig aussehen mag, er wird Jahre Bestand haben und es geht, wenn man die Summen hochrechnet, um etliche Milliarden Euro. Das birgt ein großes Konfliktpotenzial zwischen den kreisangehörigen und den kreisfreien Städten. Daneben spielt noch ein Landkreistag mit, der zurzeit anscheinend der Auffassung ist, seine eigenen Interessen zu Lasten der kreisangehörigen Kommunen durchsetzen zu können. Das alles kennen wir bereits. Und beim Geld hört ja bekanntermaßen die Freundschaft auf. Das gilt auch unter den Kommunen. Es wird zu heftigen Verteilungskämpfen kommen. Die ersten Diskussionen gehen ja bereits in diese Richtung.

Alle haben die beachtliche Wirtschaftskraft Deutschlands und das damit verbundene Wachstum begrüßt, es war bereits von einer Trendwende die Rede. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes haben die Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne die Stadtstaaten) in Deutschland im ersten Quartal 2011 insgesamt 37,1 Mrd. Euro, und damit ein Plus von 7,3 % (+ 2,5 Mrd.) bei den Einnahmen im Vergleich zum Vorjahresquartal erzielt.

Gleichzeitig stiegen aber die Ausgaben im Vergleich zum 1. Quartal 2010 um 3,2 %, das entspricht 1,3 Mrd. Euro, bei Gesamtausgaben von 42,5 Mrd. Euro. Das Finanzierungsdefizit wurde damit von 6,6 auf 5,3 Mrd. Euro gesenkt. Aber: es gibt ein Finanzierungsdefizit von 5,3 Mrd. Euro. Eine Zahl, die unsere Vorstellungen übersteigt.

Der große Schwerpunkt aller Diskussionen um die Finanzen der Kommunen, auch im Gemeindefinanzierungsgesetz, ist die Ausgestaltung des Soziallastenansatzes. Ich empfinde das persönlich übrigens als Unwort. Ursächlich für die Krise der Kommunen sind die extrem ansteigenden Kosten für die soziale Sicherung. Da wird uns auch der von der Landesregierung angekündigte Stärkungspakt Stadtfinanzen keine große Hilfe leisten.

Die Erhöhung des Soziallastenanteils wird uns hart treffen. Dass das GFG künftig auch einen Flächenansatz vorsieht, hört sich für eine Flächengemeinde wie Greven gut an, bringt uns tatsächlich aber wenig.

Deutlich machen möchte ich an dieser Stelle, dass ich mit den Veränderungen bei der Berechnung des Schüleransatzes nicht einverstanden bin. Bislang wurden die Schüler nach Schulformen unterschiedlich gewichtet. Stattdessen wird jetzt noch weiter in Halbtags- und Ganztagschule unterschieden. Da wir nur eine gebundene Ganztagschule haben, fallen wir im Ansatz deutlich gegenüber dem Vorjahr zurück. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, warum das Land in seine Überlegungen die Offene Ganztagsgrundschule nicht einbezogen hat. Hier ist aber das letzte Wort anscheinend noch nicht gesprochen. Ich hoffe nach wie vor auf eine für uns verträglichere Lösung und habe meinen Unmut gegenüber dem Ministerium bereits geäußert.

### **Personal ist unsere größte Ressource**

Auf der Aufwandsseite rückt natürlich immer sofort der Block der Personalausgaben in den Vordergrund der Betrachtungen. Wir haben in Greven eine sehr verantwortliche Personalpolitik betrieben und tun das auch weiterhin. Dennoch betone ich ausdrücklich, dass unser Personal einen großen Anteil daran hat, dass wir uns nicht in einer noch schwierigeren Situation befinden. Das müssen wir uns immer wieder

bewusst machen. Wir sind eine sehr leistungsfähige Verwaltung, die in der Vergangenheit mit immer weniger Personal und reduzierten Budgets auskommen musste. Der ihnen vorliegende Haushaltsentwurf dient daher auch dem Schutz der Mitarbeiter. Der Verwaltungsvorstand vertraut auf dem weiteren Weg der Konsolidierung auf die Menschen, die hier arbeiten. Das ist unsere größte und wichtigste Ressource. Wir bemerken bereits heute, und das ist schon dem demographischen Wandel geschuldet, dass wir uns im zunehmenden Wettbewerb um die besten Köpfe befinden. Und wir brauchen die besten Köpfe!

Wir sind daher gut beraten, die Stadt Greven als guten Dienstherrn und attraktiven Arbeitgeber darzustellen. Dazu gehören neben unserem Personalentwicklungskonzept auch die Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten und ein Gesundheitsmanagement, mit dessen Aufbau wir im nächsten Jahr beginnen wollen.

Weiteres Konsolidierungspotenzial ist aus meiner Sicht auf der Aufwandsseite nur noch sehr begrenzt vorhanden.

### **Einnahmen durch Erhöhung der Hebesätze**

Wir haben uns daher der Ertragsseite zugewandt und die Steuerhebesätze angefasst. Unsere Überlegungen führen zu Mehrerträgen in Höhe von 1,5 Millionen Euro.

Das ist unser Vorschlag, der uns eine Million Euro bei der Grundsteuer B und 0,5 Millionen Euro bei der Gewerbesteuer bringen soll. Ich kann ihnen sagen, dass wir es uns mit dieser Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Aber was wäre die Alternative?

Natürlich könnten wir, um die 1,5 Millionen Euro zu erzielen, einen anderen Weg finden. Doch dann müssten wir die Ausgaben im freiwilligen Bereich teilweise gegen Null fahren. Und das ohne größere Ankündigung, quasi direkt ab morgen. Das träfe Bereiche wie:

- Städtepartnerschaft
- Greven Marketing
- Sport- und Kulturtreibende Vereine
- Wirtschaftsförderung
- ÖPNV
- Musikschule

- und und und....

Ich will ihnen da nicht vorgreifen, möchte aber betonen, dass man sich darüber absolut im Klaren sein muss, was mit unserer Stadt passiert, wenn diese Zuschüsse angefasst werden.

Leider besitzen wir keine „Dukatenscheisser“ wie diesen, den ich am Rathaus in Celle entdecken konnte.

### **Folie Rathaus Celle**

Wir müssen eigene Anstrengungen unternehmen. Die Zeiten, in denen sich Kommunen am eigenen Schopf aus dem Schuldensumpf ziehen konnten, sind vorbei, wie es kürzlich der Kämmerer der Stadt Köln treffend formuliert hat.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen:

Wir können natürlich auf die Landesregierung schimpfen, da bin ich dabei.

Wir müssen alles versuchen, um die Strukturen des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu unserem Vorteil und dem des ländlichen Raumes zu wenden, auch das trage ich gerne mit.

Und wir sollten alle unsere politischen Drähte nach Düsseldorf ausnutzen, um die kommunalen Erträge zu verbessern.

### **Keine weiteren Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen!**

Aber über eines waren wir uns immer einig, das hatte immer Vorrang und das sollte auch in Zukunft so bleiben:

Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen und insbesondere im Bereich der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in Greven sollten wir nicht weiter vornehmen, sonst sparen wir unser Gemeinwesen an der falschen Stelle kaputt.

Wir sind im letzten Jahr mit der Botschaft angetreten: **"Konsolidieren ja, aber nicht kaputtsparen, sondern Lebensqualität erhalten"**.

Um hier weiter zu machen, sind für den Verwaltungsvorstand die geplanten Steueranhebungen dringend erforderlich.

Dies bedeutet für die Grundsteuer A einen Hebesatz von 260 (Vorjahr 250).

Die Grundsteuer B wird auf einen Hebesatz von 500 (Vorjahr 420) und die Gewerbesteuer auf einen Hebesatz von 450 (Vorjahr 430) angehoben (10 unter Münster!).

Die Details wird Ihnen Herr Beckermann gleich erläutern.

Alle Einnahmeansätze ab 2012 haben wir auf dieser Basis berechnet.

Als Gesamtergebnis weist der Ergebnisplan 2011 Erträge in Höhe von 61,9 Millionen Euro und Aufwendungen in Höhe von 68,8 Millionen Euro aus.

Der Fehlbetrag beläuft sich somit auf 6,9 Millionen Euro.

Die Fortschreibung dieser Annahmen führt dazu, dass wir 2021 einen Haushaltsausgleich darstellen können. Dabei hilft uns die neue Rechtslage, die uns eine längere Zeit einräumt, in der wir einen Ausgleich wiederherstellen können.

### **Genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept für 2012**

Für den Haushalt 2012 hätten wir daher ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept. Das würde es uns möglich machen, einige Fußfesseln abzulegen.

Ein Effekt ist der des positiveren Rankings bei den Banken, der Kämmerer wird gleich darauf eingehen. Bemerken möchte ich aber, dass Auswirkungen für uns heute bereits spürbar sind. Früher haben wir bei Anfragen zehn Kreditangebote bekommen, heute sind es nur noch sechs oder sieben.

Als Überschrift für den Ihnen nun vorliegenden Entwurf könnte man nun den Titel „Frustration“ wählen.

Frustration oder Ernüchterung darüber,

- dass wir viele für die Stadt und die Gesellschaft notwendige Maßnahmen nicht finanzieren können,
- dass die Haushaltslage nicht gut ist oder wird,
- dass wir erkennen können, dass es unmöglich sein wird, sich aus eigener Kraft aus dieser Einschränkung zu befreien,
- und ganz besonders darüber, dass es unserem politischen System nicht gelingt, Lösungen für den Ausweg aus der Krise zu finden.

### **Nicht resignieren, sondern agieren**

Ich hoffe, dass ich Ihnen verdeutlichen konnte, dass unsere Handlungsfähigkeit zur Lösung der finanziellen Probleme begrenzt ist. Es gibt Grenzen der Zumutbarkeit im Bereich der Einsparungen für die Bürgerinnen und Bürger Grevens, für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und natürlich für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Der Verwaltungsvorstand ist der Meinung, dass wir mit diesem Entwurf Grevens Attraktivität als Wohn- und Gewerbestandort erhalten und weiter ausbauen. Dafür stehen unsere intakte Infrastruktur, das Grevener Vereinsleben, das soziale und kulturelle Angebot sowie eine leistungsstarke Verwaltung.

Für Sie ergibt sich aus dem Haushaltsentwurf ein Spannungsfeld für Ihre Haushaltsberatungen. Sie werden Modifikationsbedarf sehen und Änderungswünsche äußern.

Ich bin davon überzeugt, dass wir nicht resignieren, sondern agieren wollen. Wir nehmen unsere Situation wie sie ist und setzen Grevener Tugenden dagegen: Das ist nämlich unsere Kraft, Dinge selbst in die Hand zu nehmen, verbunden mit dem hohen Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger zur Entwicklung unserer eigenen Kommune.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsplanentwurf ist nichts anderes als eine Momentaufnahme

der letzten Wochen. Zahlen haben wir nach bestem Wissen zusammengestellt, wohl wissend, dass die Realität künftig anders aussehen kann. Aber das kennen wir ja. In den Zeiten instabiler Märkte und Volkswirtschaften wird die Halbwertszeit von Zahlen und Prognosen eben immer kürzer.

Dem ZSD, dem Finanzmanagement und dem Kämmerer sowie allen beteiligten Mitarbeitern danke ich für ihren Einsatz in den letzten Wochen. Das ging oft weit über das Selbstverständliche hinaus.

Ich wünsche Ihnen erfolgreiche Beratungen zum Wohle unserer Stadt und aller in Greven lebenden Menschen und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.